

05.03.2004

NEUDRUCK!

Antrag

der Fraktion der FDP

Nordrhein-Westfalen – Türkei: Informationsaustausch verbessern Gegenseitiges Kennenlernen schafft Respekt und Verständnis füreinander

I.

Nordrhein-Westfalen kommt eine bedeutende Rolle bei der Einwanderungspolitik zu. Viele der seit den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts angeworbenen „Gastarbeiter“ aus der Türkei fanden ihren Arbeits- und Lebensmittelpunkt in NRW, vor allem im Ruhrgebiet. Sowohl auf türkischer als auch auf deutscher Seite ging man damals davon aus, dass die meisten Türken nach einigen Jahren wieder in ihre Heimat zurückkehren. Insofern wurde die Integration nicht zum zentralen Thema.

Inzwischen leben fast 2 Mio. Ausländer in NRW. Über 30% davon sind türkische Staatsbürger. Mehr als die Hälfte der landesweit 450.000 Eingebürgerten kommen ursprünglich aus der Türkei.

Erst als sich herausstellte, dass der Großteil der ehemaligen „Gastarbeiter“ dauerhaft in Deutschland bleiben wollte, wurde die Notwendigkeit von Sprach- und Schulförderung, gegenseitigem Austausch der Kulturen und anderen Integrationsbemühungen gesehen. Mittlerweile wächst die dritte und vierte Generation türkischer Migranten bei uns auf, die Deutschland selbstverständlich als ihre Heimat empfindet. Die „Gäste auf Zeit“ sind zu dauerhaften Mitbürgern geworden. In vielerlei Hinsicht zeigt sich, dass das Zusammenleben gut funktioniert und die Integration erfolgreich war:

Ende 2002 hatten sich in NRW bereits 20.500 Menschen türkischer Abstammung eine berufliche Selbstständigkeit aufgebaut, mit der sie einen Jahresumsatz von 9,4 Mrd. Euro erzielten. Für über 100.000 Menschen schafften sie eine Beschäftigungsmöglichkeit. Die meisten der Unternehmen haben hauptsächlich oder gleichwertig deutsche Lieferanten und Kunden.

Auch nordrhein-westfälische Schulen zeigen, dass die Integration türkischstämmiger Mitschüler Erfolg hat. So wurden Schulpartnerschaften mit der Türkei aufgebaut, um die Verständigung zwischen den Völkern zu intensivieren. Es gibt inzwischen Schulen, die das Fach „Türkisch“ anbieten und neben der Sprache auch die Geschichte und Tradition des Landes vermitteln. Im Rahmen von Schulbetriebspraktika haben Schüler die Möglichkeit, erste Einblicke in die Arbeitswelt der Türkei zu gewinnen.

Datum des Originals: 03.03.2004/Ausgegeben: (05.03.2004) 08.03.2004

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen.

Dass sich zahlreiche Türken in den Ausländerbeiräten der Kommunen engagieren und Menschen türkischer Abstammung als politische Mandatsträger die Interessen Deutschlands vertreten, lässt ein gleichberechtigtes Zusammenleben ebenso auf politischer Ebene erkennen.

Trotz der vielen positiven Beispiele sind nach wie vor Integrationsbemühungen unabdingbar. Mit Blick auf die erlangten Schulabschlüsse sind die Jugendlichen aus der Türkei gegenüber ihren deutschen Altersgenossen nach wie vor deutlich benachteiligt, ohne dass sich diese Bildungsschere in den letzten Jahren merklich geschlossen hätte. Jeder dritte der 18- bis 29-Jährigen absolviert keine Berufsausbildung. Prof. Dr. Faruk Şen, Direktor des Zentrums für Türkeistudien, führt dies neben dem Qualifizierungsrückstand auch auf die Bevorzugung deutscher Jugendlicher in den Betrieben zurück. Rund 80% der in NRW lebenden Türken oder aus der Türkei stammenden eingebürgerten Deutschen machen die Erfahrung, dass sie im Vergleich zu ihren deutschen Mitbürgern benachteiligt werden. Als Reaktion darauf kapseln sich Jugendliche zunehmend in eigenen Jugendzentren und Diskotheken von der deutschen Gesellschaft ab. Es existieren weiterhin türkisch geprägte Wohnviertel, in denen der Kontakt zur Aufnahmegesellschaft kaum noch stattfindet oder aufgrund der vorhandenen eigenethnischen Infrastruktur gar nicht mehr notwendig ist. Der deutsche Spracherwerb der dritten und vierten Einwanderer-Generation ist damit gefährdet.

Neben einer gezielten Sprachförderung wird es deshalb zunehmend wichtiger, die Vorurteile gerade bei jungen Menschen abzubauen, um gegenseitiges Verständnis und gegenseitigen Respekt aufzubauen. Dies kann aber nur erreicht werden, wenn sich türkische und deutsche Jugendliche kennen lernen, sich über ihre Kultur und ihre Wertvorstellungen austauschen und miteinander reden.

Eine Orientierungshilfe zum Aufbau intensiverer Beziehungen zwischen jungen Türken und Deutschen könnte das deutsch-französische Jugendwerk (DFJW) sein, das 1963 zur Verbesserung der Beziehung zwischen der deutschen und französischen Jugend gegründet wurde. Seitdem haben über sieben Mio. junge Franzosen und Deutsche an rund 250.000 Austauschprogrammen teilgenommen. Die Angebote des DFJW haben entscheidend dazu beigetragen, dass sich die jungen Menschen beider Länder besser kennen und ohne Vorurteile aufeinander zugehen. Aufgrund der Vielzahl der in NRW lebenden türkischstämmigen Mitbürger sollte - im Gegensatz zum DFJW, das in den Zuständigkeitsbereich des Bundes gehört - bei der Intensivierung der deutsch-türkischen Beziehungen die Initiative vom Land ausgehen.

II.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- nach dem Vorbild des deutsch-französischen Jugendwerks die türkisch-deutschen Beziehungen der Jugendlichen beider Länder zu verbessern. Dabei sollen vor allem Schulpartnerschaften, Jugendfreizeiten, Austauschprogramme und Sprachkurse für junge Menschen ermöglicht und intensiviert werden.
- die Kooperation zwischen den Hochschulen in NRW und denen in der Türkei weiter auszubauen, um für Studenten, aber auch für wissenschaftliche Mitarbeiter und Professoren, einen dauerhaften Austausch zu schaffen.

- für das gegenseitige Kennenlernen auch im Rahmen der dualen Berufsausbildung verstärkt zu werben, damit junge Menschen Einblicke in die Berufswelt des Partnerlandes gewinnen können.
- jährlich einen Bericht über die Aktivitäten zur Verbesserung des Austausches zwischen türkischen und deutschen Jugendlichen vorzulegen.

Felix Becker
Karl Peter Brendel
Dietmar Brockes
Brigitta Capune-Kitka
Dr. Ute Dreckmann
Holger Ellerbrock
Dr. Stefan Grüll
Dr. Jens Jordan
Christian Lindner
Dr. Robert Orth
Dr. Jana Pavlik
Ingrid Pieper-von Heiden
Christof Rasche
Dr. Stefan Romberg
Joachim Schultz-Tornau
Dr. Daniel Sodenkamp
Jan Söffing
Marianne Thomann-Stahl
Prof. Dr. Friedrich Wilke
Ralf Witzel
Dr. Ingo Wolf